



Freie Wähler - Mannheimer Liste • E 5 • 68159 Mannheim

Oberbürgermeister
der Stadt Mannheim
Herrn Dr. Peter Kurz
Rathaus E 5
68159 Mannheim

Prof. Dr. Achim Weizel
Fraktionsvorsitzender

Holger Schmid
stellv. Fraktionsvorsitzender

Christopher Probst
Stadtrat

Wolfgang Taubert
Stadtrat

Roland Weiß
Stadtrat

04. Dezember 2017

Antrag zur Sitzung des Gemeinderates am 11. Dezember 2017

Informationsrecht der Bevölkerung

Der Gemeinderat möge beschließen die Verwaltung zu beauftragen, nachfolgende Fragen zeitnah zu beantworten und die Sachverhalte aufzuzeigen.

1. Den Mitgliedern des GR ist der an Innenminister Thomas Strobl gerichtete „Brandbrief“ zur Kenntnis zu geben.
2. Seit wann ist der Verwaltung das Problem der kriminellen minderjährigen Flüchtlinge bekannt?
3. Wann hat sich die Verwaltung an das Innenministerium mit der Bitte um Hilfe gewandt?
4. Weshalb wurden die zuständigen gemeinderätlichen Gremien nicht über die nicht beherrschbare Problemlage im Zusammenhang mit den kriminellen Jugendlichen frühzeitig informiert?
5. Weshalb informiert der Oberbürgermeister nicht, wie im Dezember 2016 beantragt, regelmäßig zu Beginn der Gemeinderatssitzungen über die aktuellen Fragestellungen und Sachstände zur Situation der geflüchteten Menschen und der unbegleiteten Jugendlichen?
6. Wie viele geflüchtete Menschen halten sich derzeit in Mannheim auf und aus welchen Staaten stammen sie?
7. Wie viele unbegleitete Jugendliche werden derzeit in Mannheim betreut?
8. Wie ist die geschätzte Anzahl der kriminellen Minderjährigen?
9. Welche Straftaten wurden wo und wie häufig begangen?
10. Welche konkreten Hilfen fordert die Stadtverwaltung von der Landesregierung?
11. Wie sind die rechtlichen Möglichkeiten, die minderjährigen Straftäter in geschlossenen, ausbruchsicheren Anstalten unterzubringen?

...2

12. Weshalb hat die Stadtverwaltung den Weg eines „Brandbriefes“ an die Landesregierung gewählt und darauf verzichtet, den „Botschafter in Stuttgart“ der Stadt Mannheim mit der Übergabe des Hilfeersuchens zu beauftragen?
13. Aufgrund welcher Umstände kommt der Oberbürgermeister zu der Einschätzung, dass die Haltung der Mannheimer Bevölkerung im Zusammenhang mit den geflüchteten Menschen umgeschlagen sei?
14. Worin sieht die Stadtverwaltung das „Staatsversagen“?
15. Erfolgte das Schreiben an den Innenminister von Baden-Württemberg in Abstimmung mit dem für Mannheim zuständigen Polizeipräsidenten?

Begründung:

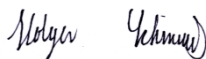
Zuletzt im Dezember 2016 haben wir erneut die regelmäßige Berichterstattung zum Thema geflüchtete Menschen und deren Unterbringung durch den Oberbürgermeister jeweils zu Beginn der Gemeinderatssitzungen angefordert. Diesem Antrag hat der Oberbürgermeister bislang nicht entsprochen. Die Mannheimer Bevölkerung und die Mitglieder des Gemeinderats mussten der Presse entnehmen, dass wohl seit längerem eine Gruppe minderjähriger krimineller Jugendlicher die Verwaltung und Polizei über die Maßen beschäftigt und mit den gegebenen rechtlichen Möglichkeiten diesem Verhalten kein Einhalt geboten werden kann. Es ist äußerst fragwürdig, wenn das Oberhaupt einer baden-württembergischen Großstadt an der Öffentlichkeit und dem Gemeinderat vorbei eine Problemlage schildert, die er selbst als Staatsversagen bezeichnet. Offensichtlich hat es die Stadtverwaltung unterlassen, die Dinge frühzeitig beim Namen zu nennen und die Öffentlichkeit und den Gemeinderat zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen


Fraktion Freie Wähler - Mannheimer Liste



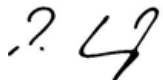
Prof. Dr. Achim Weizel
Fraktionsvorsitzender



Holger Schmid
stellv. Fraktionsvorsitzender



Christopher Probst
Stadtrat



Roland Weiß
Stadtrat



Wolfgang Taubert
Stadtrat